

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Benin - 2001

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (2002) : Benin - 2001, In: Hofmeier, Rolf Mehler, Andreas (Ed.): Afrika-Jahrbuch 2001: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 80-86

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301819>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Benin - 2001

Fläche: 112 622 km², **Einwohner:** 5,9 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 53 J., **Alphabetisierung:** 34%, **HDI:** 0,332, Rang 30, **Wechselkurs:** \$ 1 = F CFA 651, **Pro-Kopf-Einkommen:** 380 \$, **BSP:** \$ 2.252 Mio., **Anteile am BIP:** 34% - 14% - 52%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 43%, **Staats- und Regierungschef:** Mathieu Kérékou, **Regierungskoalition:** Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-Alafia), Parti Social-Démocrate (PSD), Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès (MADEP); größere **Oppositionsparteien:** Renaissance du Bénin (RB), Parti du Renouveau Démocratique (PRD)

Gravierende Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen gefährdeten den Ruf Benins als Modell der Demokratisierung Afrikas. Nach anfänglichem Zögern setzten die Geber ihre Entwicklungszusammenarbeit auf anhaltend hohem Niveau fort. Die jahrelange Verzögerung der Dezentralisierung politischer Macht, die einherging mit dem tendenziellen Rückzug des Staates auf lokaler Ebene, führte zur Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols durch zunehmende Selbstjustiz der Bevölkerung.

Innenpolitik

Die **Präsidentschaftswahlen** und ihre Auswirkungen bestimmten die Innenpolitik im Berichtsjahr. Bei der Wahl traten **zahlreiche Unregelmäßigkeiten** auf, die den Ruf Benins als Modell der Demokratisierung Afrikas ernsthaft in Frage stellten. Den Wahltermin hatte die Regierung im Dezember des Vorjahres auf den 4.3. festgelegt. Am 3.1. bestätigte das Verfassungsgericht das neue Wahlgesetz. Danach konnten zum ersten Mal in der Geschichte Benins auch im Ausland lebende Staatsangehörige an der Wahl teilnehmen, ein einziger Stimmzettel (*bulletin unique*) sowie durchsichtige Wahlurnen sollten die Transparenz erhöhen etc. Die Vorbereitungen der Wahl standen unter beträchtlichem Zeitdruck. Die verfassungsgemäß berufene unabhängige nationale Wahlkommission (*Commission Electorale Nationale Autonome*, CENA), wurde nach einem langen Kleinkrieg zwischen Regierung und Parlament, in dem die Opposition seit 1999 über eine Stimmenmehrheit verfügt, am 25.1. mit erheblicher Verspätung eingerichtet. Weitere Verzögerungen bei der Benennung ihrer Mitglieder führten dazu, dass die CENA nur noch 40 Tage Zeit hatte, um die Wahlen zu organisieren. Die Regierung lastete dies der Opposition als Verzögerungstaktik an. Andererseits wertete die Opposition eine in ihren Augen exzessive Formalisierung der Briefwahl als taktisches Manöver der Regierung, da auf diese Weise nur ein Bruchteil der im Ausland lebenden Beniner – die überwiegend zu den Anhängern des ehemaligen Staatspräsidenten Nicéphore Soglo (1991-96) zählten – mitwählen konnten. Ende Februar veröffentlichte die CENA die Zahl der eingeschriebenen Wähler (3,07 Mio.). Diese Zahl galt als höchst umstritten, u. a. weil im Département Atacora, der Hochburg des Staatspräsidenten, die Wählerlisten gut 18% mehr Wähler verzeichneten als bei der Parlamentswahl 1999, während in der Provinz Atlantique, tradi-

tionsgemäß eine Hochburg der größten Oppositionspartei (RB), 80 000 Wähler von den Listen gestrichen wurden. Das Verfassungsgericht, das in letzter Instanz über die Zahl der eingetragenen Wähler entschied, sorgte mit widersprüchlichen Angaben für weitere Proteste der Opposition: Während es in der ersten Wahlrunde zunächst von 2,7 Mio. Wählern ausging, korrigierte es diese Zahl zwei Tage später auf 3,03 Mio., um in der zweiten Wahlrunde mit der Zahl von 3,15 Mio. Wählern zu überraschen. Beim ersten Wahlgang am 4.3., zu dem insgesamt 17 Kandidaten antraten, lag der bisherige Amtsinhaber Mathieu Kérékou gemäß den offiziellen, vom Verfassungsgericht veröffentlichten Daten mit 47% der abgegebenen Stimmen klar vor seinem Rivalen Soglo mit 29%. Zu den Präsidentschaftswahlen war zum ersten Mal in der Geschichte Benins auch eine Frau, Marie-Elise Gbedo, Juristin und Handelsministerin im Kabinett Kérékous (1998-99), angetreten, die allerdings von vornherein keine Erfolgsaussichten hatte. Adrien Houngbédji, der Parlamentspräsident, der mit 12,6% weit abgeschlagen auf dem dritten Platz gelandet war, rief – anders als bei der Präsidentschaftswahl von 1996, als er für die Unterstützung Kérékous votiert hatte, – am 10.3. seine Anhänger dazu auf, beim zweiten Wahlgang für Soglo zu stimmen. Nachdem Soglo und Bruno Amoussou, der viertstärkste Präsidentschaftskandidat, wegen Wahlfälschung Beschwerde beim Verfassungsgericht eingelegt hatten, überprüfte das Gericht nochmals das Wahlergebnis. Es korrigierte die erste Zählung, weil angeblich gut 390 000 Stimmzettel (ca. 10% der Wähler) versehentlich unberücksichtigt geblieben waren. Die neuen Daten ergaben aber kein günstigeres Ergebnis für Soglo. Mit 27,12% gegenüber Kérékou (45,42%) und 8% für Bruno Amoussou (statt der von der CENA bestätigten 4%) durfte er mit einem Wahlsieg in der zweiten Runde nicht mehr rechnen. Soglo entschloss sich daraufhin empört, den zweiten Wahlgang, den er als „*mascarade*“ ansah, zu boykottieren. Houngbédji erklärte sich am 19.3. solidarisch und schloss sich dem **Wahlboykott** an. Der Parlamentspräsident übte scharfe Kritik am ehemals wegen seiner Unparteilichkeit international anerkannten Verfassungsgericht, das unter seiner von Kérékou 1998 ernannten neuen umstrittenen Präsidentin Conceptia Ouinsou zu einem „Gerichtshof der Wunder“ mutiert sei. Einen Tag später traten neun der 25 Mitglieder der CENA, darunter ihr Vizepräsident, aus Protest gegen die Rahmenbedingungen der Wahl zurück. Am 20.3., zwei Tage vor dem zweiten Urnengang, erklärte sich Planungs- und Staatsminister Bruno Amoussou dazu bereit, gegen Kérékou anzutreten. Dies sahen große Teile der Bevölkerung und der Opposition als Farce an. Denn augenscheinlich gehörte Amoussou zum Regierungslager. Außerdem hatte er noch zwei Tage vorher dazu aufgerufen, für Kérékou zu stimmen. Die Wahl Kérékous zum neuen Staatspräsidenten im zweiten Wahlgang am 22.3. mit 83,64% konnte unter diesen Umständen nicht überraschen. Ein Großteil der Bürger war der Wahl ferngeblieben, die Wahlbeteiligung sank von über 82% im ersten Wahlgang auf 53% im zweiten. Das Verfassungsgericht bestätigte am 28.3. endgültig die **Wiederwahl Kérékous**.

Die am 7.5. vom Staatschef vorgestellte **neue Regierungsmannschaft** ließ keine grundlegende Änderung der Politik erwarten. Das Kabinett vergrößerte sich um zwei auf insgesamt 21 Minister. Unter den acht neuen Ministern trat insbesondere der junge Lazare Sèhouéto hervor, der für sein erfolgreiches Management des Wahlkampfes als Sprecher Kérékous nun mit dem einflussreichen Amt des Handels-, Industrie- und Arbeitsministers belohnt wurde. Unter den sechs ausscheidenden Kabinettsmitgliedern befand sich auch der Sozialdemokrat Félix E. Dansou (PSD), der sein Portfolio als Bergbauminister an Kamarou Fassassi abgeben musste. Die wichtigsten Posten blieben jedoch in den Händen der Vertrauten Kérékous aus der Zeit seiner Militärdiktatur. Pierre Osho behielt das Verteidigungs-, Antoine Idji Kolawolé das Außen- und Abdoulaye Bio Tchané das Finanzministerium. Bruno Amoussou, der Führer der PSD, konnte nicht zuletzt wegen seiner Verdienste um Kérékous Wiederwahl den Posten des Staatsministers für Planung und

Regierungskoordination behalten, der praktisch dem in der Verfassung nicht vorgesehenen Amt eines Ministerpräsidenten gleich kam.

Weil Benin seit 1990 als mustergültige afrikanische Demokratie galt, hatten weder die UN noch die EU oder andere Geberstaaten internationale Wahlbeobachter entsandt, dafür aber Wahlhilfe- und Ausbildungsprogramme für lokale NROs und Wahlbeobachter kofinanziert. NROs wie *Africa Obota* hatten sich mit beachtlichem Erfolg für mehr Basisdemokratie und gegen eine nur auf eine „Demokratie der Intellektuellen“ beschränkte Wahl eingesetzt. Die Mehrheit der lokalen Wahlbeobachter bestätigten einen im Großen und Ganzen demokratischen und friedlichen Wahlverlauf. Die EU und andere Geberstaaten erkannten nach einigem Zögern Kérékou als nach formal-demokratischen Regeln legal gewählten Staatspräsidenten an. Das Parlament beschloss Ende Juni eine **Amnestie** für die während der Wahl begangenen Gesetzesübertretungen, soweit sie nicht Kapitalverbrechen betrafen. Diese Amnestie kam insbesondere Anhängern der Opposition zugute, die während der zweiten Runde versucht hatten, den Wahlboykott mit Gewalt durchzusetzen.

Nach westlichem Demokratieverständnis ließ allerdings das Beniner Modell des „*laboratoire africain de la démocratie*“ noch viel zu wünschen übrig. Gefälschte Wählerlisten, verbreiteter Stimmenkauf (gegen 5.000 F CFA pro Stimme), Vernichtung von Stimmzetteln und nicht zuletzt die parteiische Haltung des Verfassungsgerichtes zugunsten der Regierungspartei beeinträchtigten den Ruf Benins als Leuchtfeuer der Demokratie Afrikas. Auch der *journalisme de commande*, d. h. von interessierter politischer Seite bezahlte Presseartikel, spielte bei der ansonsten wegen ihrer Vielfalt gerühmten Beniner Presse eine zunehmend zweifelhafte Rolle. Die Demokratisierung Benins war somit weitgehend auf eine **informelle Machtpolitik der intellektuellen Elite im Kleid eines parlamentarischen Systems** beschränkt. Die Wähler passten sich den neuen Spielregeln eines pluralistischen Mehrparteiensystems schnell auf ihre Weise an, indem sie ihre Stimme an den Meistbietenden auf dem Markt miteinander konkurrierender Politiker verkauften. Auch die Abwerbung von Abgeordneten bzw. von deren Stimmrechten aus jeweils gegnerischen politischen Parteien unter Zahlung zum Teil exorbitanter Bestechungssummen, erlangte unter dem euphemistischen Namen *transhumance parlementaire*, traurige Berühmtheit. Im Mittelpunkt der Anschuldigungen stand einer der reichsten Beniner Unternehmer, Führer der regierungsnahen Partei *Mouvement africain pour la démocratie et le progrès* (Madep) und Hauptfinancier der Wahlkampfkampagnen Kérékous, Séfou Fagbohoun. Letzterer war bereits in einem im August 2000 veröffentlichten Untersuchungsbericht der UEMOA beschuldigt worden, in einen der größten Korruptionsskandale in der Geschichte Benins im Zusammenhang mit der Privatisierung der para-staatlichen Treibstoffvermarktungsgesellschaft (SONACOP) im Mai 1999 verwickelt gewesen zu sein. Die politische Allianz, die auf gegenseitige Honorierung von Patronage aufbaute, galt jedoch als höchst fragil. Kérékou versuchte sie daher durch persönlich-familiäre Bindung des staatlichen Sicherheitsapparates an den Regierungschef abzusichern. Zwei seiner Söhne, Montan und Hervé Kérékou, ernannte der Staatschef beispielsweise im September zu Kommandanten der Präsidialgarde und des Nachrichtendienstes.

Die kaum noch überschaubare Vielfalt der Parteienlandschaft (über 150 Parteien) täuschte leicht darüber hinweg, dass sich die meisten Parteiprogramme inhaltlich kaum voneinander unterschieden. Eine vom Parlament verabschiedete **Charta der politischen Parteien** Benins, die den Wildwuchs der Parteien eingrenzen sollte, stieß auf Kritik des Verfassungsgerichtes. Das Gericht verwies das Gesetz am 27.8. an das Parlament zur erneuten Beratung zurück und monierte mehrere Passagen der Charta als nicht verfas-

sungskonform. Dies betraf insbesondere den Artikel 45, der vorsah, dass Abgeordnete, die während der Legislaturperiode zu einer anderen Partei übertreten, ihr Mandat an den Nachfolger verlieren.

Nach der abermaligen Niederlage der größten Oppositionspartei (RB) bei den Präsidentschaftswahlen begann im Juni mit der Suche nach den Sündenböcken eine **Neuformation der Opposition und der Regierungskoalition**. Der Vizepräsident der RB, Nathaniel Bah, beschwerte sich über den diktatorischen Führungsstil der Parteichefin Rosine Soglo. Letztere betrieb daraufhin im August den Parteiausschluss ihres Vizepräsidenten sowie weiterer Dissidenten durch einen Beschluss des Politbüros. Ein außerordentlicher Parteikongress am 2.9. in Allada, zu dem man das Ehepaar Soglo nicht eingeladen hatte, hob zwar den Politbürobeschluss auf und stimmte statt dessen für einen Ausschluss von Rosine Soglo aus der Partei. Auf einer Pressekonferenz im Oktober bestritt der Ehrenpräsident und die graue Eminenz der RB, Nicéphore Soglo, jedoch die Rechtmäßigkeit der vorangegangenen Beschlüsse und bestätigte seine Frau als Präsidentin der RB sowie den Ausschluss N. Bahs aus der Partei. Andere Oppositionsführer, wie Adrien Houngbédji von der PRD und Paul Dossou der *Nouvelle génération pour la république* (NGR), boten ihre guten Dienste als Vermittler in dem Konflikt an. Angesichts schlechter Erfahrungen mit Fragmentierungstendenzen der Opposition, die in der Regel der Regierungskoalition zugute kamen, wie beispielsweise beim Parteiausschluss Albert Tévoédjrès aus seiner Partei *Notre cause commune* vor einigen Jahren, befürchteten sie, dass eine Aufspaltung der RB die schmale Stimmenmehrheit der Opposition im Parlament (42 von 87 Sitzen seit 1999) gefährden könnte. Allerdings musste auch die Regierungskoalition eine Schwächung ihrer Position im Parlament verzeichnen. Im August verließ Félix Dansou, empört über den Verlust seines Ministeramtes, die PSD, um seine eigene Partei, die *Union patriotique* (UP) zu gründen.

Die weitgehend auf formale Prinzipien beschränkte Demokratisierung des politischen Systems Benins bewirkte einen bemerkenswerten Rückzug staatlicher Gewalt auf regionaler und lokaler Ebene, dem bisher nicht durch eine effektive Dezentralisierung und Abgabe staatlicher Macht an die Kommunen begegnet wurde. Die nach jahrelangen „Geburtswehen“ im Parlament 1997/98 verabschiedeten fünf Gesetze zur **Dezentralisierung** wurden immer noch nicht umgesetzt, und die zuletzt für Ende des Jahres vorgesehenen Kommunalwahlen wurden weiter verschoben auf den 1.12.2002.

Dies hat negative Konsequenzen für staatliche Legitimität im Allgemeinen und für die Konfliktprävention angesichts des gefährdeten staatlichen Gewaltmonopols im Besonderen. Die **Lynchjustiz** durch Bürgerwehren besonders im Südwesten (Mono) und Norden des Landes, die in den letzten vier Jahren bereits mehr als 150 Personen das Leben gekostet hatte, nahm weiter zu. Im Norden führten gewaltsame Auseinandersetzungen um Land- und Weiderechte zwischen ansässigen Bauern und Fulbe—Nomaden zu zahlreichen Toten. Im Südwesten sorgte der wegen seiner „Strafexpeditionen“ berüchtigte Chef der Bürgerwehr von Lokossa (Mono), *Colonel civil Devi*, anlässlich der extra-legalen Hinrichtung von zwei vermeintlichen Hexen im November für Aufsehen. Am 23. und 24.11. lynchten aufgebrachte junge Männer in Cotonou insgesamt zehn Personen, die sie des Raubes ihrer Genitalien mit magischen Mitteln beschuldigten. Zuvor hatten mysteriöse Morde an Moped-Taxifahrern (*zémidjan*) in Porto Novo und Cotonou das Klima aufgeheizt.

Nach jahrelangen Verzögerungen wurden am 15.2. die Mitglieder des von der Verfassung vorgeschriebenen **Hohen Gerichtshofs** (*Haute cour de justice*), der zukünftig über

Staatsverbrechen von hochrangigen politischen Amtsinhabern urteilen soll, eingeschwo-
ren. Im Juli bestätigte die Regierung, die seit langem anstehende **Modernisierung des
Strafrechts** durch das Einbringen eines eigenen Gesetzentwurfs vorantreiben und die
Beschlüsse der Bestandsaufnahme des Beniner Justizwesens (*Etats Généraux* 4.-7.11.96)
umsetzen zu wollen. Letztere hatten eine tiefgreifende Krise des Beniner Justizsystems
konstatiert, und insbesondere die unzureichende Gewaltenteilung, Klassenjustiz, Inkom-
petenz und Korruption kritisiert. Allerdings wurde auch in dem neuen Gesetzentwurf die
seit 1984 nicht mehr praktizierte Todesstrafe beibehalten. Pikanterweise gaben am 28.12.
die Medien die Ergebnisse einer höchstrichterlichen Untersuchung bekannt, gemäß derer
knapp ein Viertel der 90 Beniner Richter, in enger Zusammenarbeit mit anderen Staatsbe-
amten, in einen großen **Korruptionsskandal** (Hinterziehung von insgesamt umgerechnet
über € 2 Mio. zwischen 1996-99) verwickelt waren. Im Rahmen der auch von den Gebern
erwarteten gesteigerten Anstrengungen der Regierung bei der Korruptionsbekämpfung
waren bereits im August im Rahmen einer Anti-Korruptionskampagne beim Zollamt in
Cotonou FCFA 24 Mrd. (US \$ 3,35 Mio.) requiriert worden. Nach offiziellen Schätzun-
gen der Beniner Regierung gingen dem Staat durch Veruntreuung öffentlicher Mittel
zwischen Mai 1996 und Mai 1999 umgerechnet US \$ 98 Mio. oder gut 3% des BIP jähr-
lich verloren; der Staatspräsident war in seiner Neujahrsansprache noch von weit höheren
Schätzungen von FCFA 60 Mrd. (\$ 85 Mio.) pro Jahr ausgegangen.

Im April erregte die Etireno-Affaire internationales Aufsehen und machte auf das
wachsende Problem des **Kinder- und Menschenhandels** aufmerksam. Letzterer hatte
sich in Westafrika im letzten Jahrzehnt zu einem lukrativen illegalen Verdienstzweig
neben Diamanten-, Waffen- und Drogenschmuggel entwickelt. Die Liberalisierung des
Waren- und Personenverkehrs innerhalb der UEMOA/ECOWAS begünstigte noch diesen
Handel. Benin galt als ein Zentrum des Handels von Kindern und Jugendlichen in reiche-
re afrikanische (Nigeria, Gabun, Côte d' Ivoire) und europäische Staaten, wo sie als billi-
ge Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. Bei der auch in deutschen Medien breit kommen-
tierten **Etireno-Affäre** handelt es sich um die Odyssee einer Fähre aus Cotonou, auf der
angeblich über 250 Kindersklaven nach Gabun verschifft werden sollten. Nach erzwun-
gener Rückkehr des Schiffes (17.4.) und Untersuchung des Vorfalls durch internationale
NROs und staatliche Behörden stellte sich allerdings heraus, dass nur 23 Kinder an Bord
waren, von denen vermutet wurde, dass sie als Kinderarbeiter nach Libreville gebracht
werden sollten. Nach ILO-Untersuchungen wurden zwischen 1995 und 1999 3.061 Fälle
von Kinderhandel in Benin bekannt. Die Regierung versuchte, unterstützt von Entwick-
lungshilfe, durch Aufklärungskampagnen seit Ende der 1990er Jahre sowie durch konzer-
tierte Aktionen mit den benachbarten Staaten zur besseren Grenzkontrolle (s. o.) und zur
Rückführung der Opfer das Problem zu lindern. Internationale Nicht-
Regierungsorganisationen (NROs) zur Bekämpfung moderner Sklaverei, wie das 1999 in
Paris gegründete *Comité Européen Contre l'Esclavage Moderne* (CECEM) oder *Anti-
Slavery International*, beauftragten nationale NROs, z.B. *Enfants Solidaires d' Afrique et
du Monde* (ESAM), mit Fallstudien zum Thema. Gemäß einer dieser bereits im Oktober
1999 durchgeführten und jetzt publizierten Befragungen von 170 interviewten Beniner
Eltern waren 37% bereit, ihre Kinder wegen großer Armut zu verkaufen. 88% der gehan-
delten Kinder kamen in Benin aus den südlichen Provinzen Atlantique, Mono und
Ouémé. Die Menschenhändler hatten sich augenscheinlich auf bestimmte Regionen am
Rande der südlichen Verkehrswege besonders spezialisiert, wo bis zur Hälfte der Kinder
eines Dorfes gehandelt wurden. Soweit die Kinder nicht nur als Durchgangsstation durch
Benin geschleust wurden, stammten sie überwiegend aus den ländlichen Regionen des
dichtbevölkerten Südens. Der illegale Menschenhandel war eng verbunden mit der ge-
wohnheitsrechtlich geduldeten Praxis des *vidomégon*, d.h. der Abgabe von Pflegekindern

aus armen, meist ländlichen Familien, an reiche Verwandte oder Bekannte in den Städten. Die Grauzone zwischen Erziehung und Ausbeutung der Kinder in diesen Pflegefamilien war groß. Schätzungsweise 95% der betroffenen *vidomégon*-Kinder waren Mädchen.

Außenpolitik

Mitte Januar verurteilte Kérékou das mit großem Pomp in Yaoundé (Kamerun) veranstaltete **französisch-afrikanische Gipfeltreffen**, an dem er selbst teilgenommen hatte, in scharfen Worten. Nach seiner Rückkehr geißelte er das Treffen anlässlich einer Eröffnungsansprache vor einem Jugendkongress in Cotonou am 25.1. als „**Demütigung**“ der **Afrikaner** und als „Komödie“, die keinem nütze, außer den daran Beteiligten. Die dort beschlossenen Resolutionen und Empfehlungen würden niemals umgesetzt. Das Leitthema des Gipfeltreffens, Afrika und die Globalisierung, reflektiere „generellen Defätismus und Marginalisierung“, und unterstelle implizit, dass sich Afrika bereits mit der Unterwerfung unter das Diktat der Globalisierungs-Befürworter abgefunden habe. Diese Kritik führte Kérékou anlässlich der **dritten Ministerkonferenz der Frankophonie über die Kultur** in Cotonou (12.-15.7), die der Vorbereitung des Treffens der frankophonen Staatschefs in Beirut Ende Oktober diene, weiter aus. Er forderte, den soziokulturellen Besonderheiten Afrikas bei der regionalen Integration und den zukünftigen Verhandlungen mit der WTO einen größeren Stellenwert beizumessen.

Die außenpolitische Polemik von Regierung und Medien setzte sich fort anlässlich des offiziellen Besuchs des angesehenen französischen Abgeordneten und ehemaligen Finanzministers, Alain Madelin, in Cotonou (9.-10.2.). Regimeanhänger ebenso wie die unabhängige Tageszeitung *Le Matin* warfen ihm unter der Schlagzeile „Ein Söldner in Benin“, Einmischung in innere Angelegenheiten und parteiische Einflussnahme zugunsten des Präsidentschaftskandidaten Soglo vor. Der Staatsbesuch des ivoirischen Präsidenten Laurent Gbagbo in Cotonou im Mai, der offiziell dem Ausbau der bilateralen Kooperation beider Staaten diene, erhielt besonderes Gewicht angesichts der Vormachtstellung der Côte d'Ivoire im Integrationsprozess der UEMOA.

Die jahrelangen **Grenzstreitigkeiten** zwischen Niamey und Cotonou um die Léthé-Insel im Niger konnten im Juni vorläufig durch die Vereinbarung, den Streit vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag entscheiden zu lassen beigelegt werden. Im August einigten sich Nigeria und Benin auf gemeinsame Grenzpatrouillen um die zunehmende grenzüberschreitende Kriminalität und den illegalen Handel, der schätzungsweise etwa ein Viertel bis ein Drittel des Beniner BIP ausmacht, einzudämmen.

Auf einem außerordentlichen Gipfeltreffen der ECOWAS im April in Cotonou beschlossen die Mitgliedstaaten, den **Aufbau eines regionalen Konfliktbeobachtungszentrums in Cotonou** zur Beobachtung von möglichen Unruheherden in Benin, Togo und Nigeria zügiger voranzutreiben. Dies war eines von insgesamt vier Konfliktpräventions-Zentren, die die ECOWAS in Westafrika schon vor zwei Jahren geplant hatte. Im Rahmen des **Krisenpräventionsprogramms** nahm Benin im Mai an gemeinsamen Manövern in Togo unter dem Codenamen *Cohésion Kozah 2001* teil. An den Operationen zur Übung friedenserhaltender Missionen in Bürgerkriegssituationen beteiligten sich Kontingente aus insgesamt zehn westafrikanischen Staaten. Anfang November folgte ein weiteres gemeinsames Manöver der Land- und Seestreitkräfte Benins und Togos mit etwa 1000 Soldaten in der Grenzregion von Dassa-Zoumè unter der Bezeichnung „*Fraternité 2001*“. Im November gründeten Beniner Staatssicherheitsdienste eine spezielle Einheit

zur Drogenbekämpfung, um den zunehmenden grenzüberschreitenden illegalen Drogenhandel mit Nigeria und Togo besser kontrollieren zu können.

In öffentlichen Stellungnahmen bekräftigten Regierung und Medien ihre Solidarität mit den Opfern des Terroranschlags am 11.9. in New York und Washington. Die Koordination des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus war auch eines der Gesprächsthemen Kérékou mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac anlässlich eines Privatbesuchs in Paris (20.9.-6.10). Am 26.10. wählte die Paritätische Parlamentarische Versammlung der AKP-EU-Staaten den Beniner Parlamentspräsidenten Adrien Houngbédji zum Vertreter Afrikas und Ko-präsidenten in Brüssel. Die Mitglieder der AKP honorierten damit die Vorreiterrolle Benins bei der Demokratisierung Afrikas.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Gemäß den im Frühjahr veröffentlichten Analysen des nationalen Wirtschaftsforschungsinstituts INSAE (*Institut national de la statistique et de l'analyse économique*) hatten die ab Januar 2000 eingeführten gemeinsamen Zolltarife der UEMOA nicht die erhoffte Belebung des intra-regionalen Handels gebracht. Die Importe aus UEMOA-Mitgliedsländern fielen im Gegenteil in der ersten Hälfte des Vorjahres um 30%, die Exporte um 33%. Hauptverantwortlich dafür waren die anhaltende Wirtschaftskrise der Côte d'Ivoire sowie die große Bedeutung des **informellen Sektors**, in dem sich über 70% der gesamten Wirtschaftsaktivitäten abspielten, und der - alle Gesellschaftsschichten übergreifend - zu einem wesentlichen Mittel der Einkommenssicherung im Transitland Benin geworden war. Das informelle Handelssystem, das schätzungsweise ein Viertel bis zu einem Drittel des BIP umfasste, machte an den Staatsgrenzen nicht halt. Die Parallelmärkte richteten sich flexibel an den historisch gewachsenen wirtschaftlichen Ressourcen, Gesellschaftsstrukturen und soziokulturellen Bedingungen in der gesamten Subregion von Ghana bis Westnigeria und von den Küstenstaaten bis zum Sahel aus. Die Funktionslogik dieses informellen Handels- und Wirtschaftssystems machte Versuche nationalstaatlicher Regelungen weitgehend zunichte. Zunehmende Sorge bereitete der illegale Re-Export, besonders von Gebrauchtwagen und Ersatzteilen nach Nigeria, der 2000 um 59% angestiegen war.

Die jahrelang verschleppte **Privatisierung des Baumwollsektors** machte mit der Auflösung des Nachfrage-Monopols der staatlichen Ankaufgesellschaft SONAPRA (*Société Nationale pour la promotion agricole*) und der Schaffung einer autonomen Agentur, der *Centrale de sécurisation des paiements et de recouvrements* (CSPR) im Januar einen wesentlichen Fortschritt. Der CSPR gelang es, die Abwicklung der Baumwollernte 2000/2001 bis September weitgehend erfolgreich abzuschließen. Die Baumwollernte, der Hauptdevisenbringer des Landes, fiel gegenüber dem Vorjahr, das eine historische Rekordernte von 362 200 Tonnen zu verzeichnen hatte, um 7% auf 336 000 Tonnen. Die Produzentenpreise konnten dagegen leicht auf FCFA 200/kg gegenüber FCFA 185/kg (1999/2000) angehoben werden. Angesichts fallender *terms of trade* und hoher Subventionierung der Baumwolle durch einige Industrieländer hatte das Hauptexportprodukt Benins allerdings zunehmend Schwierigkeiten, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Die Subvention, z.B. durch die USA (1,21 Euro/kg) und die EU (1,49 Euro/kg), überstieg 2001 den Aufkaufspreis auf dem Weltmarkt und trug maßgeblich zur weltweiten Überproduktion und dem Verfall der *terms of trade* bei.

Im Rahmen der jährlichen Bestandsaufnahme der Wirtschaftspolitik durch den IWF bestätigte dieser am 9.11. der Regierung eine erfolgreiche Umsetzung wesentlicher Punkte der Strukturreform, z.B. bei der Zusammenlegung der Datenbasis des Öffentli-

chen Dienstes und der Gehaltslisten des Finanzministeriums. Damit war die Regierung berechtigt, eine weitere Tranche in Höhe von SZR 4,04 Mio. des laufenden Strukturanpassungsprogramms von insgesamt SZR 27 Mio. abzurufen. Die Erfüllung aller Anpassungskriterien, insbesondere im Bereich Gesundheit und Erziehung, und die Neuordnung des Besoldungssystems der Staatsbediensteten standen allerdings noch aus. Die Gesamtverschuldung Benins lag weitgehend unverändert bei US \$ 1,6 Mrd. (1999). Die Schuldendienstrategie sank unter Berücksichtigung der HIPC-Entschuldung von 17% (2000) auf 11%. Zur Jahreswende deuteten Protest und Streiks der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wegen der von der Regierung beschlossenen Einführung der Entlohnung nach Leistung statt nach Dienstalter auf eine sich zuspitzende soziale Krise hin.

Das Parlament, blockiert durch interne Streitigkeiten über seinen eigenen Haushaltsplan für das kommende Jahr, sah sich nicht in der Lage, rechtzeitig über den **Staatshaushalt 2002** zu entscheiden. Es beschloss daher am 31.12. eine vorläufige Verlängerung des Vorjahreshaushalts. Der Gesetzentwurf für das kommende Jahr sah Mehreinnahmen in Höhe von FCFA 44 Mrd. gegenüber dem Vorjahre (FCFA 281,32 Mrd. Einnahmen) vor. Das Haushaltsdefizit von FCFA 137,790 Mrd., sollte durch Budgethilfe und Kredite der internationalen Gebergemeinschaft gedeckt werden. Das für 2000 geplante Haushaltsdefizit von 0,1% des BIP war nach den am Jahresende bekannt gegebenen IWF-Daten mit 1,8% erheblich überschritten worden. Dagegen gelang es den Finanzbehörden die regulären Staatseinnahmen mittels einer effektiveren Steuer- und Zollpolitik weiter zu konsolidieren: die Staatseinnahmen stiegen innerhalb von sechs Jahren von 11% des BIP (1994) auf 16,6% (2000). Diverse Abkommen zur bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Herbst bestätigten den seit Jahren anhaltenden Trend der Entwicklungshilfe auf hohem Niveau als Anerkennung der Demokratisierungsanstrengungen der Regierung.

Der 1991 ernannte Präsident der Beniner *vodun*-Kulte, Sossa Guêdêhoungû, starb am 29.1. Der 1994 von 13 Monarchen gegründete nationale **Rat der traditionellen Herrscher** fasste auf einem Mini-Gipfeltreffen im Königspalast von Dassa (200 km nördlich von Cotonou) am 22.4. den kontrovers diskutierten Beschluss seiner Selbstauflösung. Ursache waren unüberbrückbare interne Streitigkeiten, die durch die umstrittene Kandidatur seines Generalsekretärs, Olofindji Akand, für das Amt des Staatspräsidenten im Dezember 2000 ausgelöst worden waren. Am 8.8. beschloss der Ministerrat die Gründung einer zweiten nationalen Universität - neben der Universität in Cotonou/Abomey-Calavi - in Parakou.

Dirk Kohnert

Chronologie Benin

- 3.1. Bestätigung des am 18.12.00 vom Parlament verabschiedeten Wahlgesetzes durch das Verfassungsgericht
- 29.1. Tod des Präsident der Beniner *vodun*-Kulte, Sossa Guêdêhoungûê
- 4.3. Präsidentschaftswahlen: erster Wahlgang, Kérékou 45,4%, Soglo 27,1%
- 20.3. Rücktritt der Oppositionsmitglieder der autonomen nationalen Wahlkommission CENA wegen „Wahlmaskerade“
- 22.3.1. Präsidentschaftswahlen: Stichwahl, von den wichtigsten Oppositionsparteien boykottiert
- 28.3. Bestätigung des Wahlsiegs Kérékous mit 83,6% durch umstrittene Entscheidung des Verfassungsgerichts
- 22.4. Auflösung des Rats der traditionellen Herrscher Benins wegen interner politischer Differenzen
- Ende Juni Amnestie für Gesetzesbrüche während der Präsidentschaftswahl 2001
- 21.9. Amtsantritt des ersten Rektors der neugegründeten zweiten Beniner Universität in Parakou
- 28.12. Aufdeckung des Korruptionsskandals der Justiz
- 31.12. Gewerkschaftsproteste wegen Einführung der Entlohnung nach Leistung statt Dienstalter im Öffentlichen Dienst